

Ulrich t Herber

„Antisemitismus als historisches und aktuelles Phänomen“

Bemerkungen zu einer eskalierenden Debatte¹

Freiburg, 7. November 2024

Vor einem Jahr wollte ich an dieser Stelle einen Vortrag zum Thema „Woher kam der Judenhass? Antisemitismus in Deutschland, 1890-1938“ halten. Er konnte wegen Erkrankung nicht stattfinden und sollte ein Jahr später an gleicher Stelle wiederholt werden.

Nun hat sich die Situation im Nahen Osten seit dem 7. Oktober 2023 aber vollständig verändert. Durch den terroristischen Angriff der Hamas auf Kibbuzim und ein Open-Air-Musikfestival im Süden Israels, bei dem über 1100 Israelis umgebracht und mehr als 200 als Geiseln genommen wurden, und den sich anschließenden Kriegen Israels gegen die Hamas in Gaza und die Hisbollah im Libanon hat sich eine solche Dynamik entwickelt, dass man über die Verbreitung des Antisemitismus in Deutschland vor 100 Jahren nicht sprechen kann, ohne auf die aktuelle Entwicklung einzugehen. Zudem hat sich bereits in den vergangenen etwa zehn Jahren in Deutschland wie in anderen westlichen Ländern eine neuer, erheblich erweiterter Gebrauch des Begriffs Antisemitismus entwickelt, der im semantischen Umfeld von Kategorien wie Rassismus und Kolonialismus steht und zu einem Instrument im politischen Meinungskampf geworden ist.

Um diese Debatte ein wenig zu entzerren, werde ich im Folgenden zunächst auf die Entstehung des modernen Antisemitismus eingehen, und zwar am Beispiel Deutschlands zwischen 1900 und 1930, in dem sich eine historisch beispiellose Radikalisierung von Begriff und Praxis des Antisemitismus verfolgen lässt. Ich behandle anschließend die Frage, welcher Stellenwert dem Begriff des Antisemitismus bei den derzeitigen Auseinandersetzungen im Nahost-Konflikt beikommt.

1. *Zur Herausbildung des modernen Antisemitismus in Deutschland, 1900 bis 1930*

Mit den außerordentlichen Erfolgen des Deutschen Kaiserreichs in wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller Hinsicht und dem Aufstieg des Landes zu einer der drei oder vier führenden Mächte der Zeit waren tiefgreifende Wandlungsprozesse in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur des Landes verbunden: Industrialisierung, Verstädterung, Migrationsprozesse, Technisierung des Alltags, Veränderung der Lebenswelt von sicher drei Fünftel der Bevölkerung innerhalb kurzer Zeit, in der Folge neben triumphaler Begeisterung über die Erfolge Deutschlands: soziale Statusängste, Verunsicherung und ein verbreitetes Empfinden des Leidens an sozialer Zerrissenheit und politischen Auseinandersetzungen, zugleich die Resignation vor der Kompliziertheit dieser neuen, „modernen“ Welt, die Suche nach Erlösungsperspektiven und quasi-religiösem Halt.

¹ Unredigiertes Vortragsmanuskript. Veröffentlichung nur mit Zustimmung des Autors.

Dabei spielten die neuen, modernen Ideologien eine zentrale Rolle, als Nachfolger oder Ersatz für die an Bedeutung verlierende Religion, die die empfundene Irritation durch die moderne Industriegesellschaft überwinden und Zukunftsängste und Orientierungsverlust kompensieren konnten. Der Sozialismus etwa, auch die Jugendbewegung gehören in diesen Zusammenhang und vor allem der Nationalismus – der den Bezug zur Nation als ein Gefühl der natürlichen Zugehörigkeit entstehen ließ, das Sicherheit gab und Selbstbewusstsein und Stolz auf das national Erreichte. Und sehr schnell wirkte der neue Nationalismus ausschließend: Zur Nation gehörte nur, wer ihr durch Tradition, Kultur und Religion angehörte. Kein Willensverband, sondern eine *natürliche* Bindung – durch Abstammung, durch „Blut“, wie man damals sagte.

Damit enthielt der neue Nationalismus zugleich eine Wendung gegen diejenigen, die als Staatsbürger im Deutschen Reich lebten, aber in diesem Sinne nicht deutscher Abstammung waren: die Polen im von Preußen okkupierten Posener Gebiet zum Beispiel, vor allem aber die Juden, denn nirgends sonst ließ sich die Differenz zwischen politischer Staatsbürgerschaft und nationaler Zugehörigkeit so deutlich demonstrieren wie an jener Minderheit, die zwar die formale Gleichheit als Bürger erreicht hatte, aber kulturell, religiös und per Abstammung als nicht dazugehörig stigmatisiert wurden.

So konnte man zwar nicht genau sagen, wer als Deutscher galt – was war etwa mit denen, die vor Jahrzehnten nach Amerika oder vor noch längerer Zeit nach Russland ausgewandert waren? –; aber doch, wer *nicht* dazu gehören sollte. Der hier aufkommende neue „Antisemitismus“ – dieser scheinwissenschaftliche Begriff machte nun Karriere - bezog sich denn auch nicht mehr, wie der alte, auf religiöse Differenz, sondern zunehmend eben auf die Abstammung, auf Blut und auf „Rasse“, wie man nun ebenso scheinwissenschaftlich zu sagen pflegte. Und scheinwissenschaftlich bedeutete, dass es für die aufgestellte Behauptung keinen wissenschaftlichen Nachweis gab, man aber so tat, als ob es ihn gebe.

Derartige Vorstellungen verbreiteten sich seit den 1890er Jahren auch in solchen gesellschaftlichen Schichten, in denen die Ablehnung von Juden zuvor keine große Rolle gespielt hatte, insbesondere im Bildungsbürgertum, in der protestantischen Kirche bei Intellektuellen und Künstlern, wo sie sich mit der Kritik an Zivilisation und Kultur der modernen Industriegesellschaft verband.

Die Juden standen hier einerseits für das Fremde, nicht Dazugehörige, hier finden wir auch noch deutliche Spuren des alten, christlichen Hasses auf die Juden als Christusmörder. Zum anderen aber als Symbole der neuen, modernen, industriellen Welt, die vielen Menschen Angst machte - ganz besonders den Angehörigen des Mittelstands und des traditionellen Bildungsbürgertums, denen die Moderne die Zerstörung ihrer Traditionen, ihres Status, ihres Habitus anzukündigen schien. In den Juden fanden die Zivilisationsver zweifelter ein fixierbares Objekt ihrer Obsessionen und Ängste von Abstieg und Verfall.

Aber: dominierend war das nicht – der Antisemitismus war in Deutschland eine der überaus zahlreichen politisch-kultureller Bewegungen dieser Jahre und weit davon entfernt, das kulturelle Leben in Deutschland um die Jahrhundertwende zu

dominieren. Von Bedeutung ist hierbei vielmehr die enge und offenbar leicht zu ziehende Verbindung von Modernekritik und Antisemitismus, die sich als anschlussfähig in viele Richtungen erwies.

Aber ohne Zweifel gab es auch hier schon vor Beginn des Ersten Weltkriegs Zeichen der Radikalisierung. Bekannt geworden ist vor allem das Pamphlet eines der Führer des Alldeutschen Verbands, des Mainzer Rechtsanwalts Heinrich Claß, der 1912 unter Pseudonym ein Buch mit dem Titel „Wenn ich der Kaiser wär“¹⁴ publizierte, das binnen zwei Jahren vier Auflagen erreichte. Hierin fasste er alle gängigen Einschätzungen und Forderungen der äußersten Rechten zusammen. Mit der Hochindustrialisierung sei nun die „hohe Zeit“ der Juden gekommen, weil „deren Instinkt und Geistesrichtung auf den Erwerb“ gehe. „Die Elemente der Hast, Rücksichtslosigkeit und moralischen Gefühllosigkeit“ seien überhaupt erst durch die Juden, „mit ihrer Skrupellosigkeit, ihrer Habgier, ihrer Gleichgültigkeit gegen Recht und Unrecht, Ehre und Unehre“, in das Wirtschaftsleben eingedrungen. Entsprechend beherrschten sie die für die Moderne besonders kennzeichnenden Bereiche: „Publizistik, Theaterwesen, Journalismus“ sowie „die Advokatur, die Hochschulprofessuren und die ärztliche Laufbahn.“ Deswegen müssten alle Juden in Deutschland unter Fremdenrecht gestellt werden und doppelte Steuern bezahlen, weitere jüdische Einwanderung sei zu verhindern. Dabei sei Abstammung, nicht Religionszugehörigkeit ausschlaggebend. Alle öffentlichen Ämter, der Militärdienst sowie der Zugang zu den Berufen der Anwälte, Lehrer und Theaterleiter seien den Juden zu versperren, und auch das Wahlrecht müsse ihnen genommen werden.

In dem hier propagierten Antisemitismus waren alle Elemente der Wendung gegen die politischen und kulturellen Auswirkungen der Moderne enthalten. Die Juden galten als besonders erfolgreich in der Bewältigung der Herausforderungen, welche die neue Zeit mit sich brachte; und das nicht ohne Grund: Sie gehörten zu einem überproportionalen Teil dem Bürgertum an, waren besonders bildungsbegeistert und – wie viele religiöse oder ethnische Minderheiten – besonders aufstiegsorientiert. Im Jahre 1901 erreichten 7,3 Prozent der christlichen Kinder in Preußen einen höheren Schulabschluss als die Volksschule – aber 56,3 Prozent der jüdischen Kinder. In der modernen Industriegesellschaft, in den akademischen Berufen, im Bankwesen, bei den neuen Handelsketten waren Juden um die Jahrhundertwende außerordentlich stark vertreten. Gerade die nicht religiös Orientierten unter ihnen besaßen kaum Bindungen an vormoderne Traditionen und fanden sich in den neuen Verhältnissen besser zurecht als viele christliche Deutsche und zumal als das vielfach in die Vergangenheit orientierte Bildungsbürgertum. Das Durchschnittseinkommen der Juden war zu dieser Zeit etwa fünfmal so hoch wie das der christlichen Deutschen.

Das war eine durchaus neue Entwicklung – bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts und natürlich vor allem vor der sogenannten Judenemanzipation nach 1810, durch die sie überhaupt erst die Bürgerrechte erhalten hatten, hatten die Juden als eine eher arme, rückständige Minderheit gegolten. Wie hatten sie es nur erreicht, seit der Hochindustrialisierung einen solchen Aufstieg zu bewerkstelligen? Die Juden in Deutschland waren vor dem Ersten Weltkrieg die vermutlich erfolgreichste Minderheit in Europa. Das weckte Neid, Ressentiment und Angst. In den Juden bündelten die Antisemiten ihre Aversionen und Befürchtungen und schrieben die als negativ

empfundene Begleiterscheinungen der Moderne in Deutschland durchweg dem Wirken dieser Gruppe zu.

Vergleicht man die hier skizzierte Entwicklung mit derjenigen in anderen europäischen Ländern, so wird man zunächst das *allen* sich industrialisierenden europäischen Gesellschaften Gemeinsame hervorheben müssen: Die Suche nach Vertrautheit und Orientierung angesichts einer sich schnell wandelnden Umwelt in der neuen Industriegesellschaft finden wir in Frankreich, den Niederlanden, in Österreich, Italien, Großbritannien und Russland ebenso wie in Deutschland, wenngleich mit spezifischen Varianten. Auch die Verbindung von Modernekritik und Reformbewegungen, Arbeiterbewegung und radikalem Nationalismus, Statusangst und Antisemitismus trat in anderen Ländern sogar noch stärker hervor als in Deutschland – in Russland vor allem, auch in Österreich. Und wer 1913 hätte voraussagen müssen, in welchem europäischen Land zwanzig Jahre später eine radikale, mörderische Antisemitenpartei an die Macht kommen würde, der hätte wohl auf Russland gesetzt oder auf das durch die Affäre um den jüdischen Offizier Dreyfus zerrissene Frankreich. Aber nicht auf Deutschland.

Dass der Antisemitismus in Deutschland dann nach dem Ersten Weltkrieg im Zuge von Niederlage und Revolution 1918/19 einen enormen Aufschwung erlebte, war jedoch nicht verwunderlich. Bei der angestrengten Suche nach Verursachern und Schuldigen am Unglück des Vaterlandes fand man sie rasch bei den Juden. Denn waren nicht führende Bankiers in den USA ebenso wie in England, in Frankreich und in Deutschland selbst Juden? Waren nicht auch führende Vertreter der Kommunisten in Russland wie in Deutschland Juden – von Leo Trotzki bis Rosa Luxemburg? Offenbar waren sowohl der Kapitalismus des siegreichen Westens als auch der Kommunismus des siegreichen Russlands das Werk von Juden? Und wie anders konnte man denn die ganz unverständliche und ungerechte Niederlage des deutschen Heeres gegenüber den Mächten des liberalen und kapitalistischen Westens und denen des kommunistischen Russlands anders verstehen als durch Verrat und geheime Mächte? Die Gegner Deutschlands, die diesen Krieg verständlicherweise gewonnen hatten, so die sich verbreitende Überzeugung, würden von den Juden repräsentiert, ja angeführt, einer ja per definitionem international wirkend Geheimgesellschaft.

Und ebenso sehr galt dies für die horrende Geldentwertung der Hyperinflation von 1923. Wer konnte es verstehen, dass ein Brot plötzlich tausend, dann eine Million Mark kostete? Es lag nahe, sich das Unerklärliche auch hier durch das Wirken von Netzwerken und Geheimbünden, durch Verschwörung und Absprachen erklären zu wollen. Dabei lag der Bezug zum Antisemitismus nahe, hier verbanden sich Verdacht und Ressentiment mit der Beobachtung, dass auch jüdische Kaufleute und Händler an der Inflation zu verdienen schienen. Zwar taten das ebenso nicht-jüdische Kaufleute, aber die fielen nicht auf, während ein womöglich aus Galizien stammender Textilhändler, der es in der Inflationszeit zu Wohlstand brachte, wie ein greller Beleg für den Verdacht wirkte, die Inflation sei von dunklen Mächten, eben von den Juden, gesteuert.

Nur sechs Jahre später schien mit der vernichtenden Kraft der Weltwirtschaftskrise alles wahr zu werden, was die antisemitische Rechte in Deutschland prophezeit hatte: Der Zusammenbruch der Weltwirtschaft, der Aufstieg des Kommunismus,

die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Deutschen. Hier fand nun die Vorstellung, all dies sei auf das Wirken der Juden zurückzuführen, Zugang auch zu bis dahin gegenüber dem Antisemitismus eher gleichgültig gewesenen Gruppen und insbesondere in der bürgerlichen Jugend. Sicher zwei Drittel der deutschen Studenten dieser Jahre waren radikal antisemitisch eingestellt, auch Teile der Arbeiterschaft, wie SPD- und Gewerkschaftsführung deprimiert feststellten, auch Katholiken – und natürlich in breitem Maße Bürgertum und Mittelstand.

Der Antisemitismus, das zeigte sich hier in aller Klarheit, ist die zentrale Verschwörungstheorie der Neuzeit: Alles Neue, Unverständene, Bedrängende, alle Niederlagen, alle Katastrophen werden auf das Handeln einer mysteriösen Gruppe zurückgeführt, die überall auf der Welt ihr Unwesen treibe, in Moskau ebenso wie in New York, in London oder Berlin. Wo immer die Gegenwart komplizierter wurde, wo sich die Moderne mit besonderer Wucht durchsetzte und alte Lebensgewohnheiten und Einstellungen überrante, blühte der Antisemitismus.

All das gab es, in unterschiedlicher Stärke und Ausrichtung, auch in anderen Ländern. Der entscheidende Unterschied zu diesen aber war die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg. Die Niederlage verknüpfte die Irritationen über die Neue Zeit mit dem radikalen Verlangen nach Rache und Kompensation für eine unverstandene und nie akzeptierte Niederlage, die im Kern als Werk anonymer, internationaler Kräfte: sowohl des Kapitalismus wie des Kommunismus, verstanden wurden: der Juden – während Mäßigung und ruhiges Kalkül als Feigheit und Verrat denunziert wurden. Das gab den Verdächtigungen jenen auftrumpfenden, radikalen Ton, der sich nun durchsetzte und in der NS-Zeit eskalierte.

Antisemitische Vorstellungen gab es, wie dargelegt, in der Zwischenkriegszeit in vielen Ländern, in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung. Ihre denkbar radikale Zuspitzung aber fanden sie im rassistischen Judenhass des deutschen Nationalsozialismus. Dabei stand die Wahrnehmung von der jüdischen *Weltmacht* im Vordergrund, die über den New Yorker Finanzkapitalismus ebenso herrsche wie über die Moskauer Zentrale des Weltkommunismus, die für die Zerstörung der Volkskulturen ebenso verantwortlich sei wie für moderne Kunst, Jazz, Homosexualität und Frauenemanzipation, die Kriege führe und der Erzfeind aller selbstständigen und natürlichen Völker und Nationen sei. Gegen einen solchen mächtigen Feind, der über weltumspannende Verbindungen verfüge und als Inbegriff des Bösen, anzusehen sei, zu kämpfen, sei aber schwierig, bedürfe äußerster Anstrengung und könne letztlich nur in der vollständigen Vertreibung dieses Feindes enden - in der Konsequenz in seiner Vernichtung. Diese Perzeption des nahezu grenzenlosen Einflusses der Juden gab dem Kampf gegen die Juden in den Augen der radikalen Antisemiten eine defensive Grundhaltung, eine Art Überlebenskampf gegen einen beinahe übermächtigen Feind, aber auch die Ermächtigung, ja die Pflicht, ihn vollständig zu vernichten. Der Holocaust wurde hier als eine Art von Notwehr gegenüber einem ansonsten nahezu unüberwindlichen Gegner angesehen.

2. Zur aktuellen Debatte um Antisemitismus im Kontext des Nahost-Konflikts

In den vergangenen etwa zehn Jahren und dann vor allem seit dem Herbst 2023 hat sich nun um den Begriff „Antisemitismus“ eine Debatte entzündet, die an Schärfe stetig zunimmt. Um diese Debatten zu verstehen, bedarf es eines zweiten Blicks in die Geschichte.

Als Reaktion auf die antijüdischen Pogrome in Russland am Ende des 19. Jahrhunderts und den eskalierenden Antisemitismus in Europa entstand am Ende des 19. Jahrhunderts die Bewegung des Zionismus - der Bewegung zur Auswanderung der europäischen Juden nach Palästina mit dem Ziel, dort eine jüdische Heimstatt zu finden. Die jüdischen Siedler kauften Land von den arabischen Großgrundbesitzern und bearbeiteten es. Zweifellos besaß die zionistische Bewegung nach 1900 ein koloniales Element und begriff sich selbst ja auch so, aber der Zionismus war vor allem eine Bewegung der Flüchtlinge und Unterdrückten. In den dreißiger Jahren begannen Teile der arabischen Bewohner der Region gegen die britische Mandatsmacht in Palästina und die dort lebenden etwa 350.000 Juden einen Aufstand, den die Briten niederschlugen. Mit der Nazi-Herrschaft in Deutschland und Österreich, dann in fast ganz Europa flüchteten etwa 200.000 Juden nach Palästina – gegen den Willen der Briten, die ein Wiederaufflammen des arabisch-jüdischen Konflikts befürchteten und schließlich einen Vorschlag zur Teilung des Landes in ein jüdisches und ein arabisches Gebiet vorlegten, der dann von der neugegründeten UNO unterstützt und auch umgesetzt wurde.

Daraufhin erklärten die Juden in der ihnen zugewiesenen Region die Gründung des Staates Israel, woraufhin die arabischen Staaten militärisch intervenierten. Diesen ersten israelisch-arabischen Krieg gewannen die Israelis und vertrieben etwa 800.000 Araber, die nun Palästinenser genannt wurden, aus ihren angestammten Wohngebieten. Sie leben seither überwiegend in Lagern in den Israel umgebenden Ländern. Daraufhin wurden mehrere Hunderttausend Juden aus den umliegenden arabischen Staaten vertrieben und fanden in Israel Aufnahme. Auch die Kriege 1956, 1967, 1973, 1982 und 2006 gewannen die Israelis. Heute sind 1,2 Millionen, also etwa 20 Prozent der israelischen Staatsbürger „Israeli Arabs“, also muslimische und christliche „Palästinenser“. Etwa ein Drittel der Israelis kommt aus arabischen, afrikanischen oder asiatischen Staaten.

Bei den aktuellen Debatten um den Begriff „Antisemitismus“ geht nun die eine Seite davon aus, dass die Definition des Antisemitismus als „Hass und Verachtung für Juden als Juden“ nicht ausreiche. Vielmehr müsse auch die Übertragung des Judenhasses auf Israel als Antisemitismus bezeichnet werden, wenn er etwa als Unrechtsstaat, Apartheids- und Rassismus-Regime bezeichnet wird oder wenn der Zionismus als eine Form des Rassismus bezeichnet oder Israel mit dem Nazistaat gleichgesetzt werde. Die Vertreter dieses auf den Staat Israel bezogenen Antisemitismus, so diese These weiter, würden jedoch bestreiten, Antisemiten zu sein und bezeichneten ihre Aussagen als politisch legitime Kritik an dem Staat Israel. Diese weite Definition wurde 2016 von der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) als verbindlich angenommen und in vielen Ländern als Grundlage staatlichen Handelns akzeptiert, so auch in Deutschland. In diesen Tagen hat sich

im Bundestag eine Mehrheit für eine Antisemitismus-Definition gefunden, die im Wesentlichen der IHRA-Definition folgt. Sie ist heute verabschiedet worden.

Auf dieser Grundlage bemühten sich die Regierung Netanyahu und ihre Unterstützer seither weltweit darum, Kritik an der Politik der israelischen Regierung und vor allem an der israelischen Besatzungspolitik in der Westbank als antisemitisch zu bezeichnen. Dieses Vorhaben hat sich mittlerweile auch in Deutschland nahezu durchgesetzt, so etwa, wenn die Aussage, die israelische Besatzung im Westjordanland sei kolonialistisch, als antisemitisch bezeichnet wird. Diese Tendenz hat sich in den letzten Monaten noch einmal erheblich ausgeweitet.

Gegen diese erweiterte Definition gab und gibt es scharfe Proteste, in den USA, in Europa, auch in Deutschland und in Israel selbst. Im Dezember 2019 protestierten 127 israelische und jüdische Intellektuelle gegen die IHRA-Definition, die *„bewusst Kritik und Opposition gegen die politischen Maßnahmen des Staates Israel mit Antisemitismus in Verbindung“* bringe. Im April 2023 kritisierten 60 Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch, European Jews for a Just Peace oder medico international, dass die IHRA-Definition, dazu verwendet werde, Kritik an der Politik Israels als „antisemitisch“ zu verunglimpfen.

Es ist nicht einfach, diesen Konflikt eindeutig zu klären. Denn ohne Zweifel *gibt* es Personen und Gruppen, die gegenüber Israelis und dem Staat Israel eine Haltung einnehmen, die von Hass, Verachtung und Vorurteilen gekennzeichnet ist und dem klassischen Judenhass gleichen – in den arabischen Ländern vor allem, aber auch im Westen, bei propalästinensischen Demonstrationen etwa, auch in Deutschland.

Die derzeitige israelische Regierung und ihre Anhänger stellen die Angriffe palästinensischer Gruppen auf Israel seit dem Gründungskrieg von 1948 in den Kontext der jahrhundertelangen Verfolgung der Juden weltweit und insbesondere in Europa, also des traditionellen und des modernen Antisemitismus. Auf diese Weise wird das Vorgehen palästinensischer Gruppen gegen die israelische Besatzungspolitik in den Kontext dieser antisemitischen Verfolgungsgeschichte und damit auch des Holocaust, des größten Genozids der Neuzeit, gestellt und delegitimiert. Dass viele, vermutlich die Mehrheit der Israelis den 7. Oktober in diesem Kontext des Holocaust sehen und als bedrohlich empfinden, ist angesichts der Massivität dieses Verbrechens der Hamas nachvollziehbar. Ihn aber allein im Kontext des Antisemitismus zu sehen, führt in die Irre. Denn auch der 7. Oktober ist, ebenso wie der israelische Krieg in Gaza, Teil des Konflikts zweier Völker um das gleiche Land.

Auf der anderen Seite erklären die Palästinenser und ihre Unterstützer den Zionismus, die Gründung des Staates Israel und die Existenz Israels als kolonialistisches Projekt, als Teil der weißen Kolonialherrschaft über den globalen Süden und als rassistisch motivierte Herrschaft. Dabei wird Israel als eine weitere, besonders verwerfliche Variante der Unterdrückung des „Globalen Südens“ durch die reichen Industrieländer angesehen.

In dieser Dichotomie zwischen eindeutigen Opfern (den People of Colour), und eindeutigen Tätern, den weißen Europäern und Nordamerikanern als Nachfahren der einstigen Kolonialherren, wird Israel auf die Seite der Täter gerechnet, und der

Krieg in Gaza und im Libanon wird als besonders verwerfliche Bestätigung dieser Theorie angesehen.

In dieser Perspektive wird dann auch der Terrorismus der Hamas wie der islamistischen Gruppen weltweit als Ausdruck des Widerstands des Globalen Südens gegen die postkoloniale Herrschaft des weißen Nordens verstanden und bejaht, das Massaker des 7. Oktober gar als „*prisonbreak*“ bezeichnet und verherrlicht.

Dabei hat die israelische Politik in der 1967 während des dritten arabisch-israelischen Krieges eroberten und seither besetzten „Westbank“, also der Region westlich des Flusses Jordan, die massenhafte Enteignung palästinensischer Gebiete und die Errichtung von riesigen israelischen Siedlungen in der Westbank sowie insbesondere das Auftreten der israelischen Siedler durchaus kolonialistische Züge. Wer einmal das Auftreten und das Vorgehen der (überwiegend aus den USA stammenden) rechtsextremen Siedler gegenüber der palästinensischen Bevölkerung miterlebt hat, wird dem sicher zustimmen.

Und - erneut andererseits - erlebten die Bürger Israels seit Jahrzehnten andauernde militärische Angriffe, terroristische Anschläge auf Siedlungen, auf Busstationen oder auf einzelne Bürger durch palästinensische Gruppen, mit hunderten Toten und Verletzten.

Im Kern aber trägt der Begriff des Antisemitismus für das Verständnis (und die Lösung) des Nahostkonfliktes nicht viel bei. Dieser Konflikt ist ein Konflikt zweier Völker um das gleiche Land. Die Kriege, Pogrome und gewalttätigen Übergriffe der vergangenen 75 Jahre drehen sich um den Besitz dieses Landes, um die Vertreibung aus diesem Land und die Frage der politischen und historischen Legitimation der Besitzansprüche auf dieses Land. Die zur Schmähung der einen oder der anderen Seite benutzten Begriffe wie Antisemitismus, Rassismus, Kolonialismus sind ideologische und politische Werkzeuge in diesem Kampf um Land.

In dieser Auseinandersetzung spielt seit einiger Zeit die Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“ eine besondere Rolle, die von Hamas und vielen propalästinensischen Unterstützern weltweit propagiert wird. Damit ist gemeint, dass ein freies Palästina sich vom Fluss, also dem Jordan an der Grenze zu Jordanien, bis zum Mittelmeer erstrecken werde. Gemeint ist damit die Verneinung des Existenzrechts Israels und generell die Anwesenheit von Israelis in dieser Region. Und in der Tat verstehen Hamas und ihre Anhänger auch exakt dies darunter: die Zerstörung Israels und die Vertreibung seiner Bewohner. Aufgrund dieser Parole werden in Deutschland heute Demonstrationen verboten, Menschen wegen „Volksverhetzung“ angeklagt und die Meinungsfreiheit eingeschränkt.

Allerdings wird diese Parole „From the River to the sea“ auch von der israelischen Rechten benutzt und ist sogar im Programm des Likud, der größten Regierungspartei, enthalten: Damit ist gemeint: Israel reiche vom Jordan bis zum Mittelmeer, und die dort lebenden Palästinenser müssten das Land verlassen. „Transfer“ lautet der entscheidende Begriff.

In beiden Parolen drückt sich der Anspruch auf den vollständigen Besitz des Landes und die Vertreibung der Angehörigen des jeweils anderen Volkes aus. Auf

israelischer Seite wird diese Parole der Gegenseite als antisemitisch, auf palästinensischer Seite als kolonialistisch apostrophiert.

Was nun die gegenwärtige Entwicklung angeht, so ist die Kriegführung der Israelis in Gaza mit mehr als 35.000 Toten nicht ohne den mörderischen Pogrom des 7. Oktober mit über 1000 Ermordeten und mehr als 200 Geiselnahmen denkbar. Und ebenso kann man den 7. Oktober nicht ohne die unterdrückerische Siedlungspolitik Israels und das Auftreten der Siedler in der Westbank verstehen. Dies wiederum ist auch als Reaktion auf die terroristischen Anschläge der Palästinenser zu verstehen. Und auf die Kriege, die seit 1948 gegen Israel geführt wurden. Damit werden *Zusammenhänge* bezeichnet. Es handelt sich nicht um Relativierungen des einen oder des anderen Verbrechens.

Dabei ist es das unbedingte Recht Israels sich gegen die mörderischen Angriffe der Hamas zu verteidigen. Es ist ohne Zweifel das Recht der Israelis, sicher und unbedrängt in ihrem eigenen Staat zu leben.

Die Frage, die hier ansteht, ist, ob die Tötung von mehr als 35.000 Menschen in Gaza, überwiegend Zivilisten, als angemessene Reaktion auf das Massaker des 7. Oktober zu bezeichnen ist. Ich glaube es nicht, und weder die UNO noch die US-Regierung oder die Bundesregierung hält dies für angemessen. Aber ein solcher Angriff wie der des 7. Oktober auf einen souveränen Staat wäre überall auf der Welt als Kriegsgrund akzeptiert und als legitim bezeichnet worden. Ein ähnlicher Anschlag war das Attentat der islamistischen Al-Qaida vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das US-Verteidigungsministerium, mit mehr als 5000 Toten. Und die ganze Welt, die arabischen Staaten und Russland eingeschlossen, sah diesen Angriff als einen legitimen Kriegsgrund an und akzeptierte, ja *unterstützte* den Angriff der USA auf Afghanistan, wo die herrschenden Taliban der Al-Qaida Unterschlupf und Unterstützung gewährten. Dieser Krieg kostete mehr als 40.000 Zivilisten in Afghanistan das Leben und einer mehr als doppelt so hohen Zahl von Taliban-Soldaten.

Und trotzdem bleibt die Frage bestehen, ob das Vorgehen Israels gegen die Hamas in Gaza als angemessen bewertet werden kann. Dabei ist aber auch zu berücksichtigen, dass Israel keinen Krieg verlieren darf, weil dies das Ende des Staates Israels und eines Großteils seiner Bevölkerung bedeuten würde. Für die palästinensische, bzw. die arabische Seite besteht dieses Risiko nicht.

Aber ebenso zweifellos ist es das Recht der Palästinenser in Gaza und in der Westbank in einem eigenen Staat zu leben, unbedrängt von Israel und jüdischen Siedlern. Der letzte israelische Premierminister, der versucht hat, das umzusetzen, Jitzchak Rabin, wurde 1996 von Jigal Amir, einem rechtsradikalen israelischen Studenten ermordet. Amir wird bis heute von den rechtsradikalen Kräften in Israel als Held gefeiert, Kräfte, die heute in der israelischen Regierung sitzen. Und ebenso werden auf der anderen Seite die Mordkommandos vom 7. Oktober ebenso wie die zahlreichen Selbstmordattentäter der Hamas als Helden und Märtyrer bezeichnet, als Kämpfer für eine gerechte Sache.

Zweifellos ist die Kritik an dieser rechtsnationalistischen Regierung Israels und an der Art und Weise, den Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung zu führen, gerechtfertigt. „Israel“ ist aber nicht die Netanyahu-Regierung aus Likud und ihren

rechtsextremen Koalitionsparteien. Kritik an dieser Regierung ist keine Kritik an „Israel“, und ganz gewiss nicht antisemitisch. Das ist übrigens auch die Position jener Israelis, die seit vielen Monaten in riesigen Kundgebungen gegen die Netanyahu-Regierung demonstrieren. Es ist geradezu absurd, um schärfere Begriffe zu vermeiden, wenn deutsche Politiker und Publizisten heute die Positionen der israelischen Linksliberalen als antisemitisch bezeichnen.

Und andersherum: Die Kritik an Hamas und ihren Unterstützern ist vollauf berechtigt. Wer die Massaker der Hamas kritisiert, ist weder ein Rassist noch beschönigt er den Kolonialismus. Eben solche Vorwürfe aber erleben wir derzeit fast täglich, auch an deutschen Universitäten, wenn Personen, die sich für das Existenzrecht Israels einsetzen, als Kindermörder, Mordhelfer oder Befürworter eines Genozids bezeichnet werden. Und hier gibt es durchaus Elemente des Antisemitismus, etwa wenn einzelne Menschen jüdischen Glaubens für die Politik der israelischen Regierung verantwortlich gemacht und angegriffen werden. Oder wenn Israel und das Judentum weltweit als Zentren einer Verschwörung gegen die islamische Welt bezeichnet werden. Hier sind die Anschläge an den traditionellen Antisemitismus nicht zu übersehen. Und ebenso wenig bei den sich mehrenden Übergriffen auf jüdische Einrichtungen und Personen in Europa, auch in Deutschland.

Andererseits scheint derzeit vergessen zu werden: Seit den Übergriffen, Mordanschlägen und Brandstiftungen der frühen 1990er Jahre, als Stichworte mögen hier Rostock-Lichtenhagen, Solingen, der NSU oder Hanau genügen, sind in Deutschland mehr als 200 Menschen von Rechtsextremisten getötet worden, nahezu ausschließlich Muslime. Das relativiert nicht die Übergriffe auf jüdische Menschen oder israelische Einrichtungen, aber es vermeidet Einseitigkeit.

Und schließlich: Die israelischen Bürger demonstrieren seit mehr als zwei Jahren zu Hunderttausenden gegen die eigene Regierung und deren Politik. In Gaza hingegen verstecken sich die Hamas-Kämpfer unter Schulen und Krankenhäusern und nutzen die eigene Bevölkerung als Schutzschilde, um durch eine möglichst hohe Opferzahl einen Imagegewinn in der Weltöffentlichkeit zu erreichen. Man muss sogar feststellen: Die Hamas zielte mit dem von ihr durchgeführten Massaker des 7. Oktober darauf ab, Israel zu einer möglichst umfassenden militärischen Reaktion mit möglichst vielen Opfern herauszufordern. Denn je höher die Zahl der palästinensischen Opfer in diesem Krieg sein würde, desto größer würde die internationale Empörung über Israel und die Unterstützung für die palästinensische Seite sein. Und genauso kam es auch.

3. *Fazit in drei Punkten*

1. Der Begriff des Antisemitismus ist von einer Verschwörungstheorie in den sich modernisierenden Staaten Europas und den USA seit dem späten 19. Jahrhundert in ein Element des Konflikts zwischen Palästinensern und Israelis um das gleiche Land übertragen worden. Die Verwendung von Begriffen wie antisemitisch, rassistisch oder kolonialistisch sind aber Teile der begrifflichen Kriegführung und tragen zum Verständnis oder zur Lösung des Konflikts wenig bei.

2. Es gibt bei diesem politischen Konflikt keine einfache Lösung. Wer sie verspricht, will betrügen. Und es ist auch nicht einfach, in diesem Konflikt politisch Stellung zu beziehen. Er ist kompliziert, und man muss dazu viel wissen, über die Gegenwart und die Vergangenheit, und selbst dann wird man keine völlig eindeutigen Antworten oder Rechtfertigungen für die eine oder die andere Seite erhalten.

3. Eines aber kann man doch festhalten: Es ist das deprimierende Kennzeichen des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern, dass sich in der Führung beider Völker die jeweils radikalsten Gruppen durchgesetzt haben. Und es gehört nicht viel Voraussagekraft dazu festzustellen, dass nur dann, wenn sich beide Völker von diesen Extremisten befreien, eine friedliche Lösung des Palästinakonflikts möglich werden kann.